

Der Amtshaftungsprozess

Amtshaftung, Notarhaftung, Europarecht

von

Dr. Bernd Tremml, Dr. Michael Karger, Dr. Michael Lubert

4. Auflage

Der Amtshaftungsprozess – Tremml / Karger / Lubert

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Staatshaftungs- und Wiedergutmachungsrecht, offene Vermögensfragen

Verlag Franz Vahlen München 2013

Verlag Franz Vahlen im Internet:

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4701 9

beck-shop.de

Tremml/Karger/Luber
Der Amtshaftungsprozess

beck-shop.de

Der Amtshaftungsprozess

Amtshaftung · Notarhaftung · Europarecht

von

Dr. Bernd Tremml, M.C.J.

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht
in München

Dr. Michael Karger

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht
und Informationstechnologie in München

und

Dr. Michael Luber, LL.M.Eur.

Referent im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen

4., neu bearbeitete Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2013

beck-shop.de

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4701 9

© 2013 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Kirrberg

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 4. Auflage

Der Grundrechtskatalog des Grundgesetzes, die Rechtsweggarantie des Art. 19 Abs. 4 GG und das Rechtsstaatsprinzip garantieren, dass staatliches Unrecht nicht hingenommen werden muss, sondern umfassend beseitigt werden kann. Es gibt allerdings zahllose Konstellationen, in denen das staatliche Handeln zu einem Schaden geführt hat, noch bevor es rückgängig gemacht werden konnte, etwa bei der Verletzung von Verkehrssicherungspflichten und der Verzögerung von Bauvorhaben durch die öffentliche Hand. Der Schutz des Bürgers vor rechtswidrigem staatlichen Handeln wäre aber unvollständig, wenn die öffentliche Hand diesen von ihr verursachten Schaden nicht ausgleichen müsste. Dies ist die Aufgabe des Amtshaftungsrechts als notwendiger Bestandteil eines umfassenden Rechtsschutzsystems.

Allerdings ist dieses Rechtsschutzsystem nach wie vor lückenhaft, widersprüchlich und ohne systematische Ordnung, nachdem eine umfassende Kodifikation in Form des Staatshaftungsgesetzes scheiterte. Der Gesetzgeber begnügt sich seitdem mit der Normierung von Einzelansprüchen, zuletzt mit dem Entschädigungsanspruch bei überlangen Gerichtsverfahren. Auch die Rechtsprechung trägt zu dem Durcheinander bei, etwa durch die Kreation des im Gesetz nicht geregelten Folgenentschädigungsanspruchs, der bei konsequenter Anwendung in einem unauflösbaren Widerspruch zu den gesetzlich normierten Anspruchsgrundlagen stehen würde. Zusätzliche Probleme ergeben sich aus der Konstruktion der Amtshaftung als überleiteter Beamtenhaftung, aus der Überlagerung des deutschen Staatshaftungsrechts durch das europäische Unionsrecht und aus den unterschiedlichen Rechtswegzuweisungen.

Andererseits kann man nicht von einem „dunklen Fleck auf der weißen Weste des Rechtsstaats“ sprechen, wie dies Kluth in der F.A.Z. vom 17. November 2011 getan hat. Das Amtshaftungsrecht lässt sich durchaus systematisch erfassen und für die praktische Rechtsanwendung handhabbar machen.

Das vorliegende Werk möchte dazu einen Beitrag leisten, indem es nicht nur die materiell-rechtlichen Anspruchsgrundlagen des Staatshaftungsrechts, sondern auch die Fragen der prozessualen Durchsetzung beleuchtet: Denn in aller Regel setzt die erfolgreiche Geltendmachung eines Staatshaftungsanspruchs die Beschreitung des Klagewegs voraus, da die Vertreter der beklagten Behörden nur in seltenen Ausnahmefällen die Verantwortung für außergerichtliche Vergleiche übernehmen wollen.

Die nunmehr vorliegende vierte Auflage hat wiederum umfangreiche Änderungen und Erweiterungen erfahren, um die gesetzgeberischen Maßnahmen und die Erkenntnisse der Rechtsprechung, teilweise auch in Form von gravierenden Rechtsprechungsänderungen, nachzuzeichnen. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang der Entschädigungsanspruch bei überlangen Gerichtsverfahren und der weitgehende Haftungswegfall bei rechtswidriger Verweigerung des gemeindlichen Einvernehmens.

Die Autoren bedanken sich für die Mithilfe von Frau Barbara Sandfuchs, Herrn Tobias Christopher Kumpf und Frau Lisa Eberlein bei der Schlussredaktion.

Herr Dr. Michael Karger ist aus dem Kreis der Verfasser ausgeschieden.

Das Buch befindet sich auf dem Stand von Anfang April 2013.

München, im Mai 2013

*Dr. Bernd Tremml
Dr. Michael Lubber*

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXVII

1. Teil. Überblick

1. Kapitel. Einführung	1
2. Kapitel. Die Amtshaftung im System der staatlichen Ersatzleistungen	3
A. Das Recht der staatlichen Ersatzleistungen als „gewachsenes Chaos“	3
I. Haftung für hoheitliches Unrecht	3
II. Ersatzpflicht bei rechtmäßigen hoheitlichen Eingriffen	5
B. Neuere Entwicklungen und Reformbestrebungen	5
I. Reform des Staatshaftungsrechts	5
II. Reform des Systems der Rechtswegzuweisungen	6
III. Staatshaftung in den neuen Bundesländern	7
IV. Entwicklungen im Europarecht	8
1. Staatshaftung für legislatives Unrecht	8
2. Staatshaftung für judikatives Unrecht	8
V. Amtshaftung für gescheiterte Vertragsbeziehungen	9
VI. Amtshaftung für den Einsatz von EDV und IuK-Technologie	9

2. Teil. Die materiellen Erfolgsaussichten eines Amtshaftungsprozesses

3. Kapitel. Der Amtshaftungsanspruch gem. § 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG	12
A. Begriff und Struktur der Amtshaftung	12
I. Übergeleitete persönliche Beamtenhaftung	12
II. „Konstruktionsmängel“ der Amtshaftung	13
1. Haftungsprivilegierungen	13
2. Verschulden	13
3. Keine Naturalrestitution	14
B. Anspruchsvoraussetzungen	14
I. Ausübung eines öffentlichen Amtes durch einen Amtsträger	14
1. Amtsträger – der haftungsrechtliche Beamtenbegriff	15
2. Öffentliches Amt	18
3. Handeln „in Wahrnehmung“ des öffentlichen Amtes	20
II. Verletzung einer drittbezogenen Amtspflicht	21
1. Amtspflicht	21
a) Amtspflicht zum rechtmäßigen Handeln	21
b) Amtspflicht zum zuständigkeitsgemäßen Handeln	22
c) Amtspflicht zur Beachtung des Verfahrensrechts	22
d) Amtspflicht zur fehlerfreien Ermessensausübung	22
e) Amtspflicht zum verhältnismäßigen Handeln	23
f) Amtspflicht zur raschen Sachentscheidung	23
g) Amtspflicht zur Erteilung von richtigen Auskünften, zur Beratung, zur richtigen öffentlichen Bekanntmachung und zur Einhaltung von Zusagen	24
h) Amtspflicht zu konsequentem Verhalten	25
i) Amtspflicht zur Rückgängigmachung von als unzulässig erkannten Maßnahmen	26

2. Drittbezogenheit der verletzten Amtspflicht	26
a) Allgemeine Anforderungen an die Drittbezogenheit	27
b) „Dritter“	27
c) Reichweite der Schutzwirkung einer drittbezogenen Amtspflicht	28
d) Schutzwürdiges Vertrauen als haftungsbegrenzendes Kriterium	29
e) Einzelfragen zur Drittbezogenheit	31
aa) Amtspflichten im Rahmen von Sonderverbindungen	31
bb) Allgemeine Amtspflichten	31
cc) Dienst- und Rechtsaufsicht	31
dd) Betriebs- und Anlagenaufsicht	32
ee) Wirtschaftsaufsicht	32
ff) Legislatives und normatives Unrecht	33
(1) Erlass einer rechtswidrigen Rechtsnorm	33
(2) Legislatives Unterlassen	34
III. Verschulden	35
1. Relevanz der Schuldform	35
a) Vorsatz	36
b) Fahrlässigkeit	36
2. „Objektivierung“ des Verschuldens	37
a) Unzureichende Behördenausstattung	37
b) Fehlerhafte Rechtsanwendung	37
IV. Zurechnung des Schadens	39
1. Kausalität	39
2. Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens	39
3. Schutzzweck der Norm	40
V. Haftungsausschluss und Haftungsbeschränkungen	40
1. Anderweitige Ersatzmöglichkeit, § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB	40
a) Allgemeines	40
b) Die anderweitige Ersatzmöglichkeit als „negatives Tatbestands- merkmal“	41
c) Bestehen einer anderweitigen Ersatzmöglichkeit	41
d) Schuldhafter Verlust einer anderweitigen Ersatzmöglichkeit	43
e) Unanwendbarkeit der Subsidiaritätsklausel: Fallgruppen	43
aa) Ansprüche gegen einen anderen Hoheitsträger	43
bb) Teilnahme am allgemeinen Straßenverkehr	44
cc) Versicherungsansprüche des Geschädigten	44
dd) Entgeltfortzahlungsansprüche	44
2. Richterspruchprivileg, § 839 Abs. 2 Satz 1 BGB	45
a) Spruchrichter	45
b) Urteil in einer Rechtssache	45
c) Straftat	46
d) Ausnahme nach § 839 Abs. 2 Satz 2 BGB	46
3. Schuldhafter Nichtgebrauch eines Rechtsmittels, § 839 Abs. 3 BGB	47
a) Rechtsmittel	47
b) Schuldhafter Nichteinlegung	49
c) Kausalität	49
4. Gesetzlicher Ausschluss der Haftungsüberleitung	50
a) Notarhaftung	50
b) Gebührenbeamte	51
c) Auswärtiger Dienst	51
d) Haftung gegenüber Ausländern	51
e) Dienst- und Arbeitsunfälle	52
VI. Verjährung	52
1. Beginn der Verjährung	52
2. Hemmung der Verjährung durch Rechtsverfolgung	53
3. Hemmung der Verjährung bei Verhandlungen	55
4. Übergangsregelungen	55

C. Rechtsfolgen	56
I. Geldersatz	56
II. Grundsatz der Vorteilsausgleichung	57
III. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Feststellung des Schadens	57
IV. Schmerzensgeld und Entschädigung	57
V. Mitverschulden	58
VI. Drittschadensliquidation	59
D. Konkurrenzen	59
4. Kapitel. Weitere Anspruchsgrundlagen bei rechtswidrigem Verwaltungshandeln	61
A. Überblick	61
B. Allgemeines Deliktsrecht und verschuldensabhängige Haftung nach dem StVG..	61
C. Gefährdungshaftung	61
D. Unmittelbare Staatshaftung in den neuen Bundesländern	63
I. Allgemeines	63
II. Haftungsvoraussetzungen	63
1. Eingriff in ein Rechtsgut	64
2. Schadenszufügung durch Mitarbeiter oder Beauftragte staatlicher oder kommunaler Organe in Ausübung staatlicher Tätigkeit	64
3. Rechtswidrigkeit	65
4. Haftungsbeschränkungen und Haftungsausschluss	66
5. Art und Umfang des Schadensersatzes	66
6. Verjährung	66
7. Anspruchsgegner	67
III. Verhältnis zur Amtshaftung, Konkurrenzen	67
IV. Verfahrensrechtliche Fragen	67
E. Entschädigungsanspruch aus enteignungsgleichem Eingriff	68
I. Anspruchsvoraussetzungen	68
1. Eigentum i. S. d. Art. 14 Abs. 1 GG als Schutzgut	68
2. Rechtswidriger hoheitlicher Eingriff	70
a) Eingriff durch Rechtsakt	70
b) Eingriff durch Realakt	70
c) Eingriff durch „qualifiziertes Unterlassen“	70
d) Rechtswidrigkeit der hoheitlichen Maßnahme	71
e) Allgemeinwohlbezogenheit des Eingriffs	71
3. Unmittelbare Beeinträchtigung	71
4. Verschulden	72
5. Vorrang des Primärrechtsschutzes	72
6. Verjährung	74
7. Erlöschen des Anspruchs	74
II. Entschädigung	75
III. Anspruchsgegner	76
IV. Verhältnis zur Amtshaftung, Konkurrenzen	76
F. Entschädigungsanspruch aus aufopferungsgleichem Eingriff	77
I. Anspruchsvoraussetzungen	77
1. Rechtsgut des Art. 2 GG	77
2. Hoheitlicher Eingriff und Sonderopfer	77
3. Unmittelbare Beeinträchtigung	78
4. Verschulden	78
5. Vorrang des Primärrechtsschutzes	78
6. Verjährung	78
7. Erlöschen des Anspruchs	78
II. Entschädigung	79
III. Anspruchsgegner	79
IV. Verhältnis zur Amtshaftung, Konkurrenzen	79

G. Schadensersatzansprüche aus verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnissen	79
I. Allgemeines	79
1. Begriff	79
2. Entsprechende Anwendbarkeit bürgerlich-rechtlicher Vorschriften und Grundsätze	80
3. Verschulden und Haftungsbeschränkungen	81
4. Verhältnis zum Amtshaftungsanspruch	82
II. Einzelne verwaltungsrechtliche Schuldverhältnisse	82
1. Öffentlich-rechtlicher Vertrag	82
2. Öffentlich-rechtliche Verwahrung	83
3. Öffentlich-rechtliche Geschäftsführung ohne Auftrag	83
4. Öffentlich-rechtliche Benutzungs- und Leistungsverhältnisse	84
5. Beamtenverhältnis	85
H. Öffentlich-rechtlicher Folgenbeseitigungsanspruch	87
I. Allgemeines	87
II. Anspruchsvoraussetzungen	88
1. Hoheitlicher Eingriff in ein absolutes Recht	88
2. Rechtswidrigkeit der Beeinträchtigung	89
a) Beeinträchtigung durch rechtswidrigen VA	89
b) Beeinträchtigung durch Immissionen	89
c) Rechtsverletzende Äußerungen von Hoheitsträgern	90
3. Fortdauer der Beeinträchtigung	90
4. Kein Ausschluss des Folgenbeseitigungsanspruchs	90
III. Inhalt und Umfang des Folgenbeseitigungsanspruchs	91
IV. Verjährung	92
V. Verhältnis zur Amtshaftung, Konkurrenzen	92
VI. Prozessuale Durchsetzung	92
K. Sozialrechtlicher Herstellungsanspruch	93
I. Allgemeines	93
II. Anspruchsvoraussetzungen	93
1. Sozialrechtliche Sonderbeziehung	93
2. Pflichtwidriges Verwaltungshandeln	94
3. Nachteilige Dispositionen des Betroffenen	94
III. Inhalt und Umfang des sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs	94
IV. Verhältnis zur Amtshaftung	94
L. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	95
I. Allgemeines	95
II. Anspruchsvoraussetzungen	95
III. Inhalt und Umfang des Erstattungsanspruchs	96

3. Teil. Die prozessuale Durchsetzung des Amtshaftungsanspruchs

5. Kapitel. Einführung und Überblick	97
6. Kapitel. Die Vorbereitung des Amtshaftungsprozesses	99
A. Durchführung bestimmter Vorverfahren	99
I. Inanspruchnahme von Primärrechtsschutz	99
1. Anspruchsausschluss nach § 839 Abs. 3 BGB	99
2. Hemmung der Verjährung	99
3. Bindende Entscheidung über Vorfragen des Amtshaftungsprozesses insbesondere durch eine Fortsetzungsfeststellungsklage	100
a) Überblick	100
b) Feststellungsinteresse bei der Fortsetzungsfeststellungsklage	101
II. Durchsetzung einer anderweitigen Ersatzmöglichkeit	103
III. Verwaltungsbehördliches Vorverfahren	104
IV. Schlichtungsverfahren	105
B. Begrenzung des Kostenrisikos	106
I. Rechtsschutzversicherung	106

II. Beantragung von Prozesskostenhilfe	106
III. Vereinbarung eines Erfolgshonorars	106
IV. Beteiligung eines Prozessfinanzierers	107
V. Erhebung einer Teilklage	107
C. Sicherung oder Verbesserung der Beweissituation	108
I. Durchführung eines selbständigen Beweisverfahrens	108
II. Zeugenschaffung	108
D. Musterprozesse	109
E. Beschleunigte Verfahren	109
I. Mahnverfahren	109
II. Urkundenprozess	109
7. Kapitel. Die Zulässigkeit der Amtshaftungsklage	110
A. Zulässigkeit des Rechtswegs	110
I. Ordentlicher Rechtsweg, Art. 34 Satz 3 GG	110
II. Aufspaltung des Rechtswegs	111
1. Amtshaftungsanspruch, § 839 BGB i. V. m. Art. 34 GG	111
2. Schadensersatzanspruch aus § 1 StHG DDR	111
3. Öffentlich-rechtliche Gefährdungshaftung	111
4. Entschädigungsanspruch aus enteignungsgleichem Eingriff	111
5. Aufopferungsanspruch	111
6. Rechtsweg für Schadensersatzansprüche aus verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnissen	111
a) Gesetzlich eindeutig geregelte Fälle	111
b) Sonstige Fälle	112
7. Öffentlich-rechtlicher Folgenbeseitigungsanspruch	112
8. Sozialrechtlicher Herstellungsanspruch	112
9. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	112
III. Rechtswegspaltung und rechtswegübergreifende Entscheidungskompetenz nach § 17 Abs. 2 GVG	113
1. Grundsatz der rechtswegüberschreitenden Entscheidungskompetenz	113
2. Vorrang des ordentlichen Rechtswegs bei Amtshaftungsansprüchen	114
B. Sachliche Zuständigkeit	115
C. Örtliche Zuständigkeit	115
8. Kapitel. Die Begründetheit der Amtshaftungsklage	117
A. Richtiger Beklagter (Passivlegitimation).....	117
B. Klageanträge und Tenorierung	119
C. Bindungswirkung von Behörden- und Gerichtsentscheidungen	120
I. Nachprüfbarkeit von Verwaltungsakten und anderen Rechtshandlungen ...	120
II. Bindungswirkung von Entscheidungen anderer Gerichte	121
D. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage	122
E. Maßgeblicher Zeitpunkt für das Fehlen einer anderweitigen Ersatzmöglichkeit i.S.v. § 839 Abs.1 Satz 2 BGB	123
9. Kapitel. Verteilung der Darlegungs- und Beweislast sowie Beweisführung	124
A. Beweisführung und Beweisermittlung durch den Geschädigten	124
I. Beibringungsgrundsatz im Amtshaftungsprozess	124
II. Beweisermittlung durch den Geschädigten	124
1. Beweisermittlung im laufenden Amtshaftungsprozess	124
2. Beweisermittlung im vorgelagerten Verwaltungsgerichtsprozess	125
a) Aktenvorlage und Akteineinsicht	125
b) Amtsermittlungsgrundsatz	126
3. Beweisermittlung durch Auskunftsansprüche nach den Informations- gesetzen des Bundes und der Länder	126
III. Erleichterungen bei der Beweisführung	126

B. Darlegungs- und Beweislast des Geschädigten	127
I. Verletzung einer drittbezogenen Amtspflicht	127
1. Hoheitliche Tätigkeit	127
2. Verletzung der Amtspflicht	128
II. Verschulden	128
1. Grundsatz	128
2. Beweislastumkehr gem. § 280 Abs. 1 Satz 2, § 286 Abs. 4 BGB	129
3. Beweislastumkehr durch gesetzliche Schuldvermutungen	130
4. Unrichtige Gesetzesauslegung oder Rechtsanwendung	131
III. Schaden	131
1. Reduziertes Beweismaß gem. § 287 ZPO	132
2. Beweisaufnahme	132
3. Beweiserleichterung bei entgangenem Gewinn	133
4. Beweissicherungspflichten des Amtsträgers	134
IV. Ursächlichkeit der Amtspflichtverletzung für den Schaden	135
1. Beweiserleichterungen nach § 287 ZPO	135
2. Tatsächliche Vermutung	136
3. Amtspflichtverletzung durch Unterlassen	137
V. Fehlen einer anderweitigen Ersatzmöglichkeit bei fahrlässiger Amtspflichtverletzung	138
1. Bestehender Ersatzanspruch gegen Drittschädiger	138
2. Durchsetzbarkeit des Ersatzanspruchs gegenüber dem Drittschädiger	139
VI. Richterspruchprivileg, § 839 Abs. 2 BGB	139
C. Darlegungs- und Beweislast des Beklagten	139
I. Einwendungstatbestände	139
1. Ausschluss der Widerrechtlichkeit	140
2. Höhere Gewalt im Straßenverkehr	140
3. Rechtsirrtum	140
4. Richtigkeit und Vollständigkeit einer Auskunft	141
II. Schuldhafte Versäumung eines Rechtsmittels	141
III. Mitverschulden des Geschädigten	141
IV. Ausschluss der Haftungsüberleitung	141
V. Beweisvereitelung	142

4. Teil. Praxisrelevante Fallgruppen des Amtshaftungsprozesses

10. Kapitel: Amtshaftung im Bereich des Öffentlichen Baurechts	144
A. Typische Schadenskonstellationen	144
B. Amtshaftung bei der Aufstellung eines Bebauungsplans	144
I. Amtshaftung wegen eines unwirksamen Bebauungsplans	144
1. Gemeinderatsmitglieder als Amtsträger	144
2. Verletzung einer drittgerichteten Amtspflicht	144
a) Vorschriften zur Sicherstellung eines geordneten Verfahrens	145
b) Abwägungsgebot, § 1 Abs. 7 BauGB	145
3. Verschulden	146
4. Vorrang des Primärrechtsschutzes	146
5. Anderweitige Ersatzmöglichkeit	146
6. Schaden	147
a) Fehlgeschlagene Aufwendungen	147
b) Grundsatz der Planerhaltung	147
7. Zusammentreffen des rechtswidrigen Bebauungsplans mit einer rechtswidrigen Baugenehmigung	147
8. Inzidentprüfung der Rechtmäßigkeit des Bebauungsplans durch die Zivilgerichte	148
II. Amtshaftung wegen Nichterlass eines Bebauungsplans	148
III. Amtshaftung wegen verzögerten Erlasses eines Bebauungsplans	148

IV. Besondere Fallgruppen: Amtshaftung bei Überplanung von Flächen mit Altlasten, Bergschäden und Überschwemmungsgefahren	149
1. Allgemeines	149
2. Amtspflichten	150
a) Kenntnis oder Kennenmüssen des Gefahrenpotentials	150
b) Art und Umfang der Prüfungspflicht	151
3. Drittbezogenheit der Amtspflicht	152
a) Geschützte Dritte	152
b) Nicht geschützter Personenkreis	153
c) Sachlicher Schutzbereich und ersatzfähige Schäden	154
aa) Unmittelbare Beziehung des Schadens zu einer Gesundheitsgefährdung	154
bb) Verlässlichkeitsgrundlage und schutzwürdiges Vertrauen	154
cc) Einzelfragen	155
d) Maßgeblicher Zeitpunkt für die Schadensberechnung	156
4. Verschulden der Gemeinderatsmitglieder	156
5. Mitverschulden des Geschädigten	157
6. Anderweitige Ersatzmöglichkeit	157
a) Ansprüche gegen den Veräußerer des Grundstücks	157
b) Ansprüche gegen sonstige Dritte	158
7. Amtshaftung bei Überplanung von Flächen mit Bergschäden und mit Hochwassergefahren	158
C. Amtshaftung für fehlerhafte Bauverwaltungsakte	159
I. Fehlerhafte Erteilung einer Baugenehmigung	159
1. Rechtswidriger Vorbescheid und rechtswidrige Genehmigung	160
a) Drittbezogenheit der Amtspflicht	160
aa) Geschützter Personenkreis	160
bb) Vertrauenstatbestand	161
cc) Schutzzweck der im Baugenehmigungsverfahren zu beachtenden Amtspflichten	162
b) Anderweitige Ersatzmöglichkeit	162
c) Haftungsausschluss gem. § 839 Abs. 3 BGB	163
2. Fehlerhafte Baugenehmigung für ein unbeplantes Altlastenareal	163
3. Nachträgliche Auflagen	164
II. Rechtswidrige Versagung der Baugenehmigung	164
III. Rechtswidrige Versagung des gemeindlichen Einvernehmens	166
1. Amtspflichten	166
2. Grundsätzlich keine Drittgerichtetheit	167
3. Ausnahmen – Haftung der Gemeinden	168
a) Bindungswirkung der Einvernehmensverweigerung	168
b) Amtsmissbrauch	169
c) Identität von Gemeinde und Bauaufsichtsbehörde	169
d) Verweigerung eines objektiv nicht erforderlichen Einvernehmens	169
e) Einlegung von Rechtsbehelfen gegen die Baugenehmigung	170
4. Verjährung und Schadensersatz	171
IV. Verzögerte Entscheidung über den Bauantrag	171
1. Rechtswidrige Entscheidungsverzögerung und anschließende Genehmigungserteilung	171
2. Rechtswidrige Entscheidungsverzögerung und anschließende Ablehnung des Bauantrags	172
V. Amtshaftung bei genehmigungsfreien Bauvorhaben	173
D. Amtshaftung für fehlerhafte Auskünfte und unterlassene Belehrung	174
I. Fehlerhafte Auskünfte	174
II. Unterlassene Belehrung	176
E. Prozessuale Fragen	177
I. Darlegungs- und Beweislast	177
II. Zulässigkeit einer Drittwiderklage	177

11. Kapitel. Amtshaftung bei Verletzung von Verkehrssicherungspflichten	179
A. Allgemeines	179
B. Verkehrssicherungspflicht als Amtspflicht	180
I. Straßenverkehrssicherungspflicht	181
1. Persönlicher Schutzbereich	182
2. Straßen und Wege	182
3. Inhalt und Umfang	184
4. Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen	185
5. Kein Verweisungsprivileg gem. § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB	185
6. Räum- und Streupflicht	186
II. Straßenverkehrsregelungspflicht	186
III. Wasserstraßen, Häfen, Schleusen und Deiche	187
C. Zumutbarkeit	187
I. Art und Maß der Gefahr	188
II. Leistungsfähigkeit	188
III. Vertrauen Geschädigter	190
IV. Neue Bundesländer	191
D. Verschulden	192
E. Schaden	192
F. Verantwortliche Körperschaft: Passivlegitimation	193
G. Darlegungs- und Beweislast	193
I. Verschulden	193
II. Kausalität	194
III. Besonderheiten bei einzelnen Pflichten	195
1. Verletzung der gemeindlichen Räum- und Streupflicht	195
a) Pflichtverletzung	195
b) Verschulden	196
c) Ursachenzusammenhang	196
2. Sicherung des Straßenverkehrs	197
12. Kapitel. Amtshaftung im Bereich des Öffentlichen Informationsrechts	199
A. Überblick	199
I. Staatliche Informationstätigkeit	199
1. Staatliche Informationsbereitstellung	199
2. Staatliche Aufklärung	200
a) Eingriffscharakter und Rechtsgrundlagen	200
b) Eingriffsintensität	201
II. Staatliche Informationsverwendung	202
B. Staatliche Informationsbereitstellung	202
I. Informationszugang	202
II. Drittschützende Amtspflichten	203
1. Vollständigkeit der Information	203
2. Richtigkeit der gewährten Information	204
3. Verständlichkeit der Information	204
4. Beachtung der Ausschlussgründe	205
5. Beteiligung eines Dritten	206
6. Frist zur Informationsgewährung	206
III. Weitere Voraussetzungen eines Amtshaftungsanspruchs	206
1. Vorrang des Primärrechtsschutzes	206
2. Anderweitige Ersatzmöglichkeit	206
3. Mitverschulden	207
C. Hoheitliche Produktinformation nach § 26 und § 31 des Produktsicherheitsgesetzes	207
I. Anwendungsbereich	207
1. Fachgesetzübergreifende Befugnisnorm	207
2. Unanwendbarkeit des ProdSG	208

3. Bereitgestelltes Produkt	208
4. Generelle und konkrete Empfehlungen	208
II. Subsidiarität behördlicher Informationstätigkeit	209
1. Warnungen	209
2. Veröffentlichung von Informationen	211
III. Amtspflichtverletzungen bei behördlichen Warnungen nach § 26 Abs. 2 Satz 2 Nr. 9 ProdSG	212
1. Amtspflicht zur sachgemäßen Sachverhaltsermittlung: Risikobeurteilung	212
2. Amtspflicht zu verhältnismäßigem Handeln	213
a) Subsidiarität behördlicher Warnungen	213
b) Geringstmöglicher Eingriff und Schonung unbeteiligter Dritter	213
c) Verhältnismäßigkeit i. e. S. und Pflicht zur Entwarnung	214
3. Amtspflicht zur fehlerfreien Ermessensausübung	215
4. Amtspflicht zu zuständigkeits- und verfahrensgemäßigem Handeln	215
a) Zuständigkeit	215
b) Anhörung des betroffenen Unternehmens	216
IV. Weitere Voraussetzungen einer Amtshaftung wegen behördlicher Produktwarnungen	216
1. Drittschützender Charakter der Amtspflichten	216
2. Kausalität	217
3. Verschulden	217
E. Produktinformation durch die Bundesregierung	217
I. Der rechtliche Rahmen	217
1. Aufgabeneröffnung	218
2. Zuständigkeit	218
a) Verbandskompetenz	219
b) Organkompetenz	219
3. Handeln der Bundesregierung als staatsleitendes Organ	219
4. Richtigkeit und Sachlichkeit der Information	220
a) Richtigkeit	220
b) Sachlichkeit	220
aa) Abgrenzung zwischen neutraler Information und Warnung bzw. Empfehlung	220
bb) Maßstab	221
II. Amtspflichtverletzungen bei Information durch die Bundesregierung	221
1. Amtspflicht zur sachgemäßen Sachverhaltsermittlung	221
2. Amtspflicht zu richtiger und sachlicher Information	222
3. Amtspflicht zu zuständigkeits- und verfahrensgemäßigem Handeln	222
III. Weitere Voraussetzungen einer Amtshaftung wegen fehlerhafter Informationstätigkeit der Bundesregierung	223
F. Staatliche Haftung für Verstöße gegen das Datenschutzrecht infolge der Verwendung von EDV und IuK-Technologie	224
I. Verschuldensabhängige Haftung nach § 7 BDSG	226
1. Schutzgut und Anspruchsberechtigte	226
2. Verantwortliche Stelle	226
3. Unzulässige oder unrichtige Verarbeitung	226
4. Verschulden und Umkehr der Beweislast	227
5. Kausalität und ersatzfähiger Schaden	227
6. Verjährung	228
7. Anforderungen an die Darlegungslast	228
II. Gefährdungshaftung bei automatisierter Datenverarbeitung nach § 8 BDSG	228
1. Schutzgut und Anspruchsberechtigte	229
2. Verantwortliche Stelle	229
3. Automatisierte Datenverarbeitung	229
4. Unzulässige oder unrichtige Verarbeitung	229
5. Rechtswidrigkeit und Verschulden nicht erforderlich	230

6. Ersatzfähiger materieller und immaterieller Schaden; Haftungshöchstgrenze	230
7. Benennung des Schädigers bei Datenpool nicht erforderlich	230
8. Mitverschulden	231
9. Verjährung	231
III. Weitere Anspruchsgrundlagen bei Verstößen gegen Datenschutzbestimmungen	231
IV. Rechtsweg	231
13. Kapitel. Amtshaftung im Bereich der Wirtschaftsaufsicht	233
A. Finanzdienstleistungsaufsicht	233
I. Amtspflichten	233
II. Garantiezusage der Bundesregierung im Zuge der Finanzmarktkrise	234
B. Gewerberecht	234
I. Amtspflichten	234
II. Drittbezogenheit der Amtspflicht	235
III. Verschulden	235
C. Gaststättenrecht	236
I. Amtspflichten	236
II. Drittbezogenheit der Amtspflicht	236
1. Zuverlässigkeitsprüfung gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GastG	236
2. Amtspflichten gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 GastG	237
3. Anordnung von Auflagen gem. § 5 GastG	237
4. Sperrzeit	238
III. Gaststätten- und Bauordnungsrecht	238
D. Handwerksrecht	239
I. Amtspflichten gegenüber den Mitgliedern	239
1. Führung der Handwerksrolle	239
2. Erlass von Beitragsatzungen	239
II. Amtspflichten im Rahmen der Aufsicht über andere Handwerksorganisationen	240
E. Freie Berufe	240
14. Kapitel. Amtshaftung im Bereich des Steuerrechts	241
A. Rechtswidrige Steuergesetzgebung	241
B. Rechtswidriges Besteuerungsverfahren	241
I. Amtspflichten	241
1. Amtspflichten bei der Steuerveranlagung	242
2. Amtspflichten bei der Steuererhebung	243
3. Amtspflichten bei der Vollstreckung	243
4. Amtspflichten im Steuerstraf- und Bußgeldverfahren	244
5. Wahrung des Steuergeheimnisses	244
II. Verschulden	244
III. Schaden	244
1. Zinsaufwand und Beeinträchtigung von Eigentumsrechten	244
2. Steuerberaterkosten	245
IV. Verjährung	246
C. Rechtswidrige Auskunft	246
D. Prozessuale Fragen	246
I. Rechtsweg	246
II. Vorverfahren	247
III. Zulässigkeit einer Fortsetzungsfeststellungsklage	247
15. Kapitel. Amtshaftung im Rechtspflegebereich	248
A. Amtshaftung bei richterlichem Handeln	248
I. Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit	248

II. Amtspflichten	249
1. Amtspflicht zur raschen Entscheidung	249
2. Amtspflichten im Strafverfahren	249
a) Amtspflichten bei der Anordnung von Zwangsmaßnahmen im strafrechtlichen Ermittlungsverfahren	249
b) Amtspflichten in der Hauptverhandlung	250
3. Amtspflichten in den Verfahren der Freiwilligen Gerichtsbarkeit und im Zwangsversteigerungsverfahren	250
4. Amtspflichten beim Abschluss eines Prozessvergleichs	251
III. Anderweitige Ersatzmöglichkeit	251
B. Handeln der Staatsanwaltschaft	252
I. Amtspflichten	252
1. Amtspflichten gegenüber dem Verletzten	252
2. Amtspflichten gegenüber dem Beschuldigten	253
3. Amtspflichten gegenüber Dritten	255
II. Sonstige Anspruchsvoraussetzungen	255
1. Anwendbarkeit der Kollegialgerichtsrichtlinie	255
2. Verjährung	256
3. Schuldhafter Nichtgebrauch eines Rechtsmittels	256
III. Anspruch auf Schmerzensgeld	256
IV. Weitere Anspruchsgrundlagen	257
C. Die Haftung des gerichtlichen Sachverständigen	258
I. Einführung	258
II. Die Haftungsvoraussetzungen	258
1. Gerichtlicher Sachverständiger	259
2. Gerichtliche Entscheidung	259
3. Pflichtverletzung und Drittschutz	259
4. Verschulden	260
5. Ausschluss durch Rechtsmittelversäumnis	260
III. Prozessuale Fragen	260
1. Sachliche Zuständigkeit	260
2. Beweislast	260
3. Streitverkündung	261
D. Amtshaftung bei zwangsweiser Unterbringung	261
I. Amtshaftung gegenüber dem Patienten	261
II. Amtshaftung gegenüber Dritten	261
1. Anwendungsbereich	262
2. Amtspflicht	262
3. Drittgerichtetheit der Amtspflicht	262
4. Zurechnungszusammenhang	263
5. Verschulden	263
6. Anspruchsausschluss nach § 839 Abs. 1 BGB	263
E. Amtshaftung im Haftvollzug	263
F. Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren	264
I. Anspruchsvoraussetzungen	264
1. Gerichtsverfahren	264
2. Unangemessene Verfahrensdauer	264
3. Erheben der Verzögerungsrüge	265
II. Entschädigung	265
III. Verhältnis zur Amtshaftung	266
IV. Prozessuale Geltendmachung	266
1. Aktiv- und Passivlegitimation	266
2. Gerichtliche Zuständigkeit	266
3. Fristen	267
4. Prozesskostenhilfe	267

16. Kapitel. Amtshaftung für gescheiterte Vertragsbeziehungen	268
A. Rechtswidrig versagte Genehmigung des Vertragsschlusses	268
I. Kommunalaufsichtsbehördliche Genehmigung	268
II. Vormundschaftsgerichtliche Genehmigung	269
B. Rechtswidrig erteilte Genehmigung	269
I. Kommunalaufsichtsbehördliche Genehmigung	269
II. Vormundschaftsgerichtliche Genehmigung	269
C. Unterlassene Kontrolle des Vertragspartners	270
D. Schadensersatz nach § 126 GWB wegen eines rechtswidrig verweigerten Vertragsschlusses	270
I. Überblick	270
II. Anspruchsvoraussetzungen	271
1. Verstoß gegen eine bieterschützende Vorschrift	271
2. Sog. Echte Chance	271
3. Auftragswert	272
4. Kausalzusammenhang	272
5. Verschulden	272
6. Umfang des Schadensersatzes	272
7. Verjährung	272
III. Konkurrenzen	273
E. Eingriff in ein Wettbewerbsverhältnis zwischen Privaten	273
F. Rechtswidrige „Verdrängung“ eines Privaten	273
I. Rechtswidrige Ausübung eines Vorkaufsrechts	273
II. Kommunalwirtschaftliche Betätigung	274
1. Vorrang des Primärrechtsschutzes	274
a) Entwicklung der Rechtsprechung bis 2002	274
b) Rechtsprechungsänderung des BGH	275
c) Konsequenzen für die Frage des Primärrechtsschutzes	276
2. Weitere Anspruchsvoraussetzungen	276
17. Kapitel. Amtshaftung für Truppenschäden	277
A. Bundeswehr	277
B. Andere Streitkräfte	278
I. Ausländische NATO-Truppen	278
II. Andere ausländische Truppen	279
C. Schadensfälle nach dem NTS	279
I. Grundlagen	280
1. Ersatzverpflichteter	280
2. Handlung oder Unterlassung	280
3. In Ausübung des Dienstes	281
4. Drittschaden	281
II. Behördliches Verfahren	282
1. Frist	282
2. Zuständige Behörde	283
3. Form	283
4. Entschließung	284
III. Klageverfahren	284
5. Teil. Der Europäische Amtshaftungsprozess	
18. Kapitel. Unionsrechtliche Staatshaftung der Mitgliedstaaten	288
A. Rechtsgrundlage der unionsrechtlichen Staatshaftung	288
B. Rechtsnatur des Anspruchs	289
C. Voraussetzungen der unionsrechtlichen Staatshaftung	290
I. Unionsrechtliche Rechtsnormen mit Individualschutzcharakter	290

II. Hinreichend qualifizierter Verstoß gegen Unionsrecht durch mitgliedstaatliches Organ	291
1. Kriterien zur Feststellung eines hinreichend qualifizierten Verstoßes	291
2. Mitgliedstaatliche Organe	292
a) Legislatives Unrecht	292
b) Administratives Unrecht	294
c) Judikatives Unrecht	295
aa) Besonderheiten der Judikative	295
bb) Offenkundiger Verstoß gegen Unionsrecht	296
cc) Konsequenzen für das Richterspruchprivileg des § 839 Abs. 2 BGB	297
d) Zurechenbarkeit des Verstoßes	298
III. Unmittelbarer Kausalzusammenhang	298
IV. Weitere Haftungsvoraussetzungen nach nationalem Recht	299
1. Verschulden	299
2. Ausschlussfristen	300
3. Vorrang des Primärrechtsschutzes	300
4. Subsidiarität	300
D. Umfang der Entschädigung	301
E. Verjährung	301
F. Prozessuale Durchsetzung	302
I. Gerichtsbarkeit und Rechtsweg	302
II. Aktivlegitimation	303
III. Passivlegitimation	303
1. Der Mitgliedstaat und seine nachgeordneten (Gebiets-)körperschaften ..	303
2. Haftung als Gesamtschuldner	304
IV. Subsidiarität der Amtshaftungsklage	304
1. Feststellung des Rechtsverstoßes durch den EuGH	304
2. Primärrechtsschutz	305
3. Verweisung auf andere Klagemöglichkeiten	305
19. Kapitel. Amtshaftung der Europäischen Union bei einem Verstoß gegen Unionsrecht	306
A. Allgemeines	306
B. Materiell-rechtliche Haftungsvoraussetzungen	307
I. Ausübung einer Amtstätigkeit durch ein Organ oder einen Bediensteten der Union	307
1. Organe und Bedienstete der Union	307
2. Amtstätigkeit	307
II. Rechtsverletzung	308
1. Administratives Unrecht	309
2. Normatives Unrecht	309
3. Judikatives Unrecht	310
III. Maß der Rechtsverletzung	310
IV. Rechtswidrigkeit	311
V. Zurechenbarkeit der Rechtsverletzung	311
VI. Verschulden	311
VII. Schaden und Kausalität	312
1. Schadensersatz	312
2. Kausalität	312
VIII. Verjährung	313
C. Exkurs: Haftung bei rechtmäßigem Handeln und vertragliche Haftung	313
I. Haftung bei rechtmäßigem Handeln	313
II. Vertragliche Haftung	314
D. Haftung der Europäischen Zentralbank und ihrer Bediensteten nach Art. 340 Abs. 3 AEUV	314

E. Gerichtliche Durchsetzung des Amtshaftungsanspruchs gegen die Union	315
I. Zulässigkeit der Klage	315
1. Zuständiges Gericht und Rechtsweg	315
2. Ordnungsgemäße Klageerhebung	315
3. Klagebefugnis	316
4. Vorverfahren	316
5. Klagefrist und Verjährung	316
6. Rechtsschutzbedürfnis	317
a) Rechtsschutzmöglichkeiten des Unionsrechts	317
b) Vorrang nationaler Rechtsbehelfe	317
aa) Ausschließliche Verantwortlichkeit der Union	317
bb) Ausschließliche Verantwortung des Mitgliedstaates	318
cc) Gemeinsame Verantwortlichkeit	318
7. Aktivlegitimation	319
8. Passivlegitimation	319
II. Beweisführung und Beweislast	320
1. Beweisverfahren vor dem EuG	320
a) Darlegungs- und Beweislast; Ermittlung des Streitstoffs	320
b) Beweismittel	320
c) Beweisaufnahme und Beweiswürdigung	321
2. Beweisverfahren beim EuGH	321
III. Rechtsmittel	321
1. Statthaftigkeit	321
2. Rechtsmittelbefugnis	322
3. Rechtsmittelfrist	322
4. Rechtsmittelverfahren	322
IV. Abschließende Entscheidung und Vollstreckung	323

6. Teil. Der Regressprozess

20. Kapitel. Beamtenhaftung und Rückgriff des Staates	325
A. Übergeleitete persönliche Beamtenhaftung	325
B. Rückgriff des Dienstherrn gegen den Amtswalter	325
I. Rechtliche Grundlagen für einen Rückgriff	326
1. Anspruchsgrundlage	326
2. Amtsbezogenheit	326
3. Rückgriffsausschluss und Rückgriffsbeschränkung	326
a) Finanzverwaltung	326
b) Richter	327
c) Verkehrshaftpflicht	327
d) Beamtenrechtliche Fürsorgepflicht	327
e) Schulbereich	327
4. Rechtswidrigkeit der Pflichtverletzung	328
5. Verschulden	328
6. Mitverschulden	328
7. Verjährung	328
8. Umfang des Regresses	329
II. Geltendmachung des Rückgriffsanspruchs	329
1. Rechtsweg und Klageart	329
2. Beweislastfragen	329
3. Prozessuale Konsequenzen des Erstprozesses	329
4. Aufrechnung als Klagealternative	330
21. Kapitel. Die Regresshaftung der Mitglieder kommunaler Kollegialorgane	331
A. Voraussetzungen für einen Rückgriff	331
B. Kausalität	331
C. Verschulden	332

22. Kapitel. Die Regresshaftung von Beliehenen und Verwaltungshelfern	333
A. Rechtsgrundlage	333
B. Anwendung des Haftungsprivilegs nach Art.34 Satz 2 GG	333
23. Kapitel. Regress zwischen mehreren Hoheitsträgern	334
A. Materiell-rechtliche Grundlagen	334
B. Rechtsweg	334
24. Kapitel: Regress zwischen Hoheitsträger und privatem Mitschädiger	335

7. Teil. Der Notarhaftungsprozess

25. Kapitel. Materiell-rechtliche Voraussetzungen der Notarhaftung	338
A. Rechtliche Grundlagen der Notarhaftung	338
I. § 19 BNotO als zentrale Anspruchsnorm	338
II. Ausnahme	338
B. Ausübung einer Notartätigkeit	339
C. Amtspflichten	340
I. Prüfungs- und Belehrungspflichten	341
1. Prüfungs- und Belehrungspflichten aus Urkundstätigkeit	341
a) Pflicht zur Willenserforschung	341
b) Pflicht zur Sachverhaltsklärung	342
c) Pflicht zur Belehrung über die rechtliche Tragweite des Geschäfts	343
d) Erörterungspflicht bei Zweifeln an der Wirksamkeit des Geschäfts	344
e) Weitere Hinweispflichten	345
2. Erweiterte Belehrungspflicht aus Betreuungsverpflichtung	345
3. Belehrungsbedürftigkeit	347
II. Beurkundungspflichten	347
1. Errichtung einer formell rechtswirksamen Urkunde	347
2. Strikte Beachtung der Beteiligteninteressen	348
3. Materielle Inhaltskontrolle	348
III. Vollzugstätigkeit	348
1. Umfang	348
2. Zeitspanne	349
IV. Tatsachenbeurkundungen, Notarbestätigungen und Beglaubigungen	350
V. Selbständige Betreuungstätigkeit	351
1. Verwahrung gemäß § 23 BNotO	351
a) Übernahme	351
b) Auszahlungsfehler	352
2. Selbständige Betreuungstätigkeit nach § 24 BNotO	353
D. Drittbezogenheit der Amtspflicht: Geschützter Personenkreis	353
I. Unmittelbar Beteiligte	354
II. Mittelbar Beteiligte	354
III. Sonstige Dritte	355
E. Rechtswidrigkeit und Verschulden	356
I. Rechtskenntnisse	356
II. Gebot des sichersten Wegs	358
III. Billigung der Rechtsauffassung durch ein Kollegialgericht	358
F. Kausalität und Schutzzweckzusammenhang	358
G. Haftung des Notars für Dritte	359
I. Gesamtschuldnerische Haftung	359
II. Haftung des Notars für Hilfspersonen	360
H. Subsidiarität der Notarhaftung	361
I. Voraussetzungen	362
1. Keine vorsätzliche Amtspflichtverletzung	362
2. Kein Fall der §§ 23, 24 BNotO	362

3. Kein Subsidiaritätseinwand eines ebenfalls Haftpflichtigen	363
4. Bestehen, Durchsetzbarkeit und Zumutbarkeit	363
II. Rechtsfolgen	364
K. Schuldhafter Nichtgebrauch eines Rechtsmittels	365
I. Rechtsmittel	365
II. Verschulden des Geschädigten	366
L. Verjährung	366
M. Länderspezifische Besonderheiten	367
N. Rechtsfolgen	368
I. Schadensersatz	368
II. Mitverschulden	369
26. Kapitel. Prozessuale Geltendmachung	370
A. Zulässigkeit der Klage	370
B. Passivlegitimation	370
C. Darlegungs- und Beweislast	370
I. Darlegungs- und Beweislast auf Seiten des Klägers	370
1. Amtspflichtverletzung	370
a) Belehrungspflichten	371
b) Weisungen	372
2. Verschulden	372
3. Haftungsausfüllende Kausalität	373
4. Anderweitige Ersatzmöglichkeit	374
II. Darlegungs- und Beweislast auf Seiten des Beklagten	375
D. Sonstige prozessuale Fragen	375
Sachverzeichnis	377